

AUSGABE VOM 22. MAI 2015

## Noch mehr Bundeshilfen für unsere Städte und Gemeinden!

In der vergangenen Woche haben wir im Bundestag einen Nachtragshaushalt und ein Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen verabschiedet. Damit sollen die Kommunen noch stärker gefördert werden als bisher schon. Die Liste der förderfähigen Investitionsprojekte ist sehr umfangreich. Damit erhalten die Kommunen einen großen Gestaltungsspielraum zur Befriedigung unterschiedlichster Bedürfnisse.

Der Bund darf die Kommunen nicht direkt fördern. Deshalb erhält das Land Nordrhein-Westfalen diese Mittel zur Weiterleitung an die Kommunen. Die rot-grüne Regierung hat solche Mittel aber bisher oft teilweise für den Landeshaushalt verwendet und den Kommunen vorenthalten. Wichtig ist deshalb, dass sich die NRW-Regierung diesmal fair verhält und alle Mittel an die Kommunen weiter gibt.

## Regierungserklärung Merkels zu G7 und zur östlichen Partnerschaft

In einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin die Schwerpunkte für die Beratung auf den bevorstehenden Gipfeln erläutert. Beim Gipfel zur östlichen Partnerschaft stehen Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit Moldawien, der Ukraine und Georgien im Mittelpunkt.

Merkel nannte die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland, eine massive Destabilisierung der Ostukraine,



Kanzlerin Merkel: "Gute Nachbarschaft bedeutet, den Partnern politische und wirtschaftliche Annäherung anzubieten." (Foto: Bundesregierung/Loos)

welche die europäische Friedensordnung in Frage stellt. „Nicht zuletzt unter diesen Umständen ist die Idee der östlichen Partnerschaft wichtiger denn je“, betonte sie und schlug einen Bogen zu den G7-Staaten, die sich am 7. und 8. Juni im bayrischen Elmau treffen. "Wir verstehen G7 als Gemeinschaft der Werte", so Merkel.

## Einbruchsschutz: Neue Förderung für Eigentümer und Mieter

Der Bundestag hat in der letzten Woche ein eigenständiges Programm zur Förderung von Maßnahmen zur Einbruchssicherung im Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro beschlossen. Künftig kann der Einbau von Alarmanlagen, sicheren Türen und Fenstern von der bundeseigenen KfW-Bank separat gefördert werden. Bislang war dies nur im Rahmen von energetischen Sanierungen oder altersgerechten Umbauten möglich.

Seit Jahren steigen die Einbruchszahlen. 2014 gab es nach der bundesweiten Kriminalstatistik über 150.000 Wohnungseinbrüche. In NRW und insbesondere in Köln ist die Lage dramatisch. Allerdings wurden rund 40 % im Versuchsstadium abgebrochen. Das zeigt, wie wirksam ein guter Schutz von Wohnung oder Haus sein kann. Denn wenn der Einbruch nicht schnell gelingt, wird das Risiko für den Einbrecher sehr viel größer.

Deshalb werden ab diesem Jahr der Einbau sicherer Türen, Fenster und Alarmanlagen mit einem Zuschuss gefördert. Für das neue Programm stehen 2015 10 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 20 Millionen Euro sind es in den Folgejahren.

Die genauen Regeln des Förderprogramms werden in den nächsten Monaten noch konkretisiert. Dafür ist das Bundesbauministerium zuständig. Das Förderprogramm soll dann ab Herbst abrufbar sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

die unglaublichen Vorgänge, die am 19. Mai zur Neuauszählung eines Stimmbezirks in Köln geführt haben, werden in die Kölner Stadtgeschichte eingehen. Die Neuauszählung im Stimmbezirk Rodenkirchen ein Jahr nach der Kommunalwahl ist ein vielfaches Debaikel für die Kölner SPD.



Von der SPD-Fraktion über Stadtdirektor Kahlen (SPD), Regierungspräsidentin Walsken (SPD) bis hin zu Innenminister Jäger (SPD) wurde alles aufgeboten, was nur geeignet schien, eine Nachzählung zu verhindern, zum Wohle der SPD. Der Innenminister hat, indem er von seiner Amtsmacht Gebrauch machte und per Erlass eine Neuauszählung untersagte, erheblich zur Verschleppung des Verfahrens beigetragen. Selbst ein professorales Rechtsgutachten wurde ins Feld geführt, das sehr nach dem Satz klang: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

Wie konnten all diese Beamten mit SPD-Parteibuch so hartnäckig ein falsches Ergebnis verteidigen? Wo war die Kommunalaufsicht des SPD-Innenministers, als es darum ging, einen Vertrauensschaden für die Demokratie zu verhindern und den offensichtlichen Fehler zu korrigieren - eine gezielte Missachtung des Wählerwillens.

Das Ergebnis zeigt aber auch eindrucksvoll, dass jede Stimme zählt! Herzlichen Glückwunsch an unseren neuen Ratschherrn Stefan Götz!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Rückgabe von Elektrogeräten wird vereinfacht

Die Bundesregierung will die Rücknahme von Elektro- und Elektronik-Altgeräten neu regeln. Künftig sollen deutlich mehr dieser Geräte ordnungsgemäß und umweltfreundlich entsorgt werden. Dazu wird auch das bestehende Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) fortentwickelt.

Einen wesentlichen Beitrag sollen Rücknahmepflichten des Handels leisten. Große Vertrieber mit einer Verkaufsfläche für Elektro- und Elektronikgeräte von mehr als 400 m<sup>2</sup> werden künftig verpflichtet, Altgeräte beim Neukauf eines gleichwertigen Geräts zurückzunehmen, kleine Geräte müssen sogar ohne Kauf zurückgenommen werden. Das Sammelnetz wird verdichtet.

Ziel ist es, die Sammelmenge von Altgeräten zu erhöhen, wertvolle Metalle rückzugewinnen und eine umweltgerechte Entsorgung der Reststoffe zu ermöglichen. Die illegale Ausfuhr von Altgeräten ins Ausland wird eingedämmt. Für mich als Umweltausschussmitglied ist der Gesetzentwurf, der jetzt in die parlamentarische Beratung geht, ein wichtiger Baustein zur Schließung von Stoffkreisläufen.

## 50 Kölner steigen Bundestag aufs Dach



An Christi Himmelfahrt besuchten fünfzig politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Köln Karsten Möring im Reichstag. Das mehrtägige Programm führte die Gruppe u.a. zu einem Vortrag über die Arbeitsweise des Parlaments auf die Besuchertribüne des Plenarsaals und zu einem Informationsbesuch im Bundesfinanzministerium. Das Programm begann mit einer Stadtrundfahrt, dem Besuch des „Hauses der Wannseekonferenz“ und der Potsdamer Schlösser. Ein besonders eindrucksvoller Höhepunkt war der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer und das anschließende, bewegende Zeitzeugengespräch mit dem Fluchthelfer Ralph Kabisch, der Anfang der sechziger Jahre in Berlin einen Fluchttunnel baute. Die abenteuerliche Geschichte dieses Tunnels, mit dem in zwei Tagen 57 Flüchtlingen die Flucht unter der Mauer hindurch gelang, bevor er entdeckt wurde, beeindruckte die ganze Gruppe stark. (Foto: privat/BPA)

## Experten für besseren Meeresschutz



Expertenbefragung im Umweltausschuss: Karsten Möring ist zuständiger CDU/CSU-Berichterstatler für Meeresschutz (Foto: privat)

Der von der Bundesregierung im März vorgelegte Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie (MSRL) wird von Umweltpolitikern als unzureichend bewertet. In einem öffentlichen Fachgespräch am Mittwoch im Umweltausschuss forderten sie zum Teil erhebliche Nachbesserungen. Die MSRL der Europäischen Union trat im Juli 2008 in Kraft und zielt darauf ab, bis 2020 einen guten ökologischen Zustand der europäischen Meere herzustellen beziehungsweise zu erhalten. Die EU-Mitgliedstaaten werden darin verpflichtet, bis Ende 2015 konkrete Maßnahmen für den Meeresschutz zu beschließen. Das betrifft sowohl die Verhinderung von Schadstoffeinträgen in das Meer über unsere Flüsse als auch Regelungen der Aktivitäten auf dem Meer wie Fischfang, Baumaßnahmen und Schifffahrt. Ab 2016 sollen diese Maßnahmen angewandt werden. Die Bundesregierung hatte vor wenigen Wochen gemeinsam mit den Landesregierungen der fünf Küstenbundesländer den ersten Entwurf eines Maßnahmenkatalogs veröffentlicht.

Diese Richtlinie ist nach meiner Überzeugung das notwendige Instrument einer gemeinsamen europäischen Meeresschutzpolitik, denn Meeresschutz ist nur in internationaler Kooperation zu erreichen. Wir müssen aber auch sehen, dass wir das Ziel 2020 wahrscheinlich noch nicht erreichen werden, sondern mehr Zeit brauchen. Aber wir müssen uns auf den Weg machen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 10/2015  
22. Mai 2015

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moring@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P.:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/  
Dr. Jürgen Reuter